

Albrecht von Lucke

Land ohne Alternative: Die Republik nach Merkel

Gut ein Jahr nach Beginn der Coronabekämpfung in Deutschland und ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl hat sich die Lage im Lande fundamental verändert. Aufgrund eines missratenen Impfstarts, steigender Infektionszahlen in der dritten Welle der Pandemie und einem Lockdown bis Mitte April ist aus dem anfänglichen Regierungsbonus ein Malus geworden – und aus einer vormals unangefochtenen CDU eine Partei im Sinkflug nach zwei vernichtenden Niederlagen in den einstigen Stammländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In der Union geht daher die Angst um, dass sie nach der Wahl am 26. September nicht mehr den Kanzler stellen wird, zumal sie jetzt auch noch eine immense Korruptionsaffäre am Hals hat.

Die aktuelle Krise geht jedoch weit tiefer: Wenn Volksvertreter persönlichen Profit aus einer historischen Krisensituation ziehen, droht die Demokratie insgesamt Schaden zu nehmen. Die Affären stürzen das parlamentarische System in eine tiefe Autoritäts- und Vertrauenskrise – zumal die Republik gerade jetzt, da sie von der Coronapandemie gebeutelt wird, in besonderem Maße nach Autorität verlangt.

Dabei ist es kein Zufall, dass der Lobbykandal ausgerechnet die Union trifft, die sich über Jahre jeglicher Transparenz, etwa in Form eines Lobby-Registers, verweigert hat. Offensichtlich haben etliche dort nicht für, sondern bestens von der Politik gelebt, indem sie ihre Kontakte zur Wirtschaft lukrativ ummünzten. Wie brachte einer der Hauptverantwortlichen, der ehemalige bayerische Justizminister

Alfred Sauter, sein Politikverständnis in zynischer Ehrlichkeit auf den Punkt: „Natürlich habe ich einen Nebenjob. Abgeordneter.“ Der Staat wird damit zur Beute derer, die ihm dienen sollen. Dahinter tut sich ein Abgrund von Demokratieverachtung auf. Und er erinnert daran, dass die Geschichte der Quasi-Staats- und Amigo-Partei CSU seit Franz Josef Strauß auch eine Geschichte der Affären und Skandale ist. Und während der bayerische Ministerpräsident Markus Söder als knallharter Krisenmanager in der Coronapandemie auftritt, muss er nun auch noch als Skandalmanager in eigener Sache agieren. „Es ist *jetzt* die Zeit für maximale Transparenz“, gibt sich Söder als Saubermann – und unterschlägt damit geflissentlich, dass er schon seit drei Jahren der CSU vorsteht, ohne dass der Compliance-Ausschuss in dieser Zeit, wie schon zuvor, auch nur ein einziges Mal getagt hätte, um die Einhaltung des CSU-Ethikkodexes zu überprüfen. Nur so wurde der eigentliche Skandal erst möglich – dass nämlich ein notorischer Strippenzieher wie Sauter, der schon seine letzte Affäre schlicht als „Schafscheiß“ wegwischte, weiter der starke Mann im CSU-Bezirk Schwaben und unangefochtener Landtagsabgeordneter bleiben konnte.

Doch offensichtlich sind, wie die diversen Affären zeigen, in der gesamten Union gewaltige Kräfte der Selbstzerstörung am Werk. „Die Union wird in dieser Debatte, ähnlich wie die FDP, immer das Nachsehen haben“, dämert es auch der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Denn sie lebt davon, dass sie gute Verbindungen zur

Wirtschaft hat und haben will.“¹ Heute befindet sich die gesamte CDU/CSU in der größten Vertrauenskrise seit dem Spendenskandal von Helmut Kohl. Der Absturz für die beiden Schwesterparteien ist beispiellos: Im Sonntagstrend vom 21. März kommt die Union nur noch auf 27 Prozent – gegenüber 36 Prozent Mitte Januar –, damit liegt sie aktuell nur noch fünf Prozentpunkte vor den Grünen.²

Unions-Regierung im Niedergang

Zugleich erodiert seit Beginn dieses Jahres und dem gescheiterten Impfstart auch das Vertrauen in die CDU-geführte Bundesregierung. Dabei schien die Naturwissenschaftlerin im Kanzleramt gerade zu Anfang der Pandemie die richtige Antwort auf die Krise zu sein, was die Zustimmungswerte der Union neu erblühen ließ. Doch die enormen Versäumnisse bei der Bestellung von Masken, Schnelltests und schließlich von Impfdosen haben gezeigt: Es war bloß eine Scheinblüte. Heute wirkt nicht nur Merkel, sondern die gesamte Unionsregierung völlig verbraucht. Sinnbild des Scheiterns ist der Bundesgesundheitsminister: Wurde Jens Spahn eben noch zum jung-dynamischen Hoffnungsträger hochgeschrieben, ist er plötzlich ein Minister auf Abruf, den wohl nur noch die Kürze der verbleibenden Amtszeit über die Legislatur rettet.

In dieser Situation wäre es die vordringliche Aufgabe des neuen CDU-Vorsitzenden, das Führungsvakuum in der Post-Merkel-Union zu beenden und damit für mehr Vertrauen in die Partei, aber auch in die Demokratie zu sorgen. Doch Armin Laschet verfügt seinerseits nicht über die erforderliche Autorität. Die große Mehrheit der Bevölkerung, aber auch der

CDU-CSU-Mitglieder sprechen ihm seit Beginn der Coronakrise die erforderliche Eignung für das Amt des Bundeskanzlers ab – und zwar bis heute unverändert. Damit dürfte bei seiner Kandidatur ein schwaches Ergebnis für die Union unausweichlich sein. Dennoch hält Laschet aus egoistischen Motiven – nämlich aus Angst vor dem eigenen Macht- und Bedeutungsverlust bei einem Verzicht – unvermindert an seiner Kanzlerkandidatur fest.

Ginge es allein, wie von Laschet behauptet, nach den Siegchancen der Union bei der Wahl, wäre die Sache klar: Dann müsste Söder Spitzenkandidat werden. Allerdings hat sich der CSU-Chef durch permanente Attacken gegen Laschet und die CDU-Minister der Bundesregierung bei den Christdemokraten zuletzt nicht nur Freunde gemacht. Und zudem verfügt derzeit offensichtlich niemand in der CDU-Spitze über die Autorität und den Mut, dem eigenen Parteivorsitzenden reinen Wein einzuschenken und ihn von seinem für die Union schädlichen Vorhaben abzubringen.

Am Ende der sechzehn Merkel-Jahre steht somit der nachhaltige Verlust des Vertrauens in die CDU/CSU als der bundesrepublikanischen Regierungsbildung. „Die können es nicht“, lautet die landläufige Meinung. Auf einmal gibt es somit die Chance zu einer anderen als der schwarzen, unionsgeführten Republik. Lange Zeit schien bloß Schwarz-Grün denkbar, jetzt ist auch die CDU/CSU-Kanzlerschaft nicht mehr alternativlos.

Aber – und das ist das zentrale Problem – die potentiellen Koalitionsoptionen sind ebenfalls wenig überzeugend. Auch wenn mit den Wahlergebnissen im Südwesten plötzlich die sogenannte Ampel hoch im Kurs steht: Wofür sollte diese Koalition inhaltlich stehen, wenn sich in ihr auf staatliche Intervention ausgerichtete Grüne und eine neoliberale FDP tendenziell neutralisieren? Und das gleiche gilt mehr noch für die „schwarze

1 Jasper von Altenbockum, Reiner Tisch, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 10.3.2021.

2 Sonntagstrend (vom Meinungsforschungsinstitut Kantar), in: „Bild am Sonntag“, 21.3.2021.

Ampel“, sprich: für Jamaika. Die einzige Alternative, die für einen grundsätzlichen Politikwechsel stünde, wäre Rot-Rot-Grün bzw. Grün-Rot-Rot. Doch diese Konstellation ist weit davon entfernt, Wirklichkeit zu werden, aus arithmetischen wie inhaltlichen Gründen. Zweierlei rächt sich nun: Erstens, dass Katja Kipping und Bernd Riexinger die neun Jahre ihres Linkspartei-Vorsitzes nicht zum Erstreiten einer realistischen Regierungsperspektive genutzt haben.³ Und zweitens, dass es – auch deshalb – in den vergangenen Jahren keinerlei Vorbereitung einer rot-rot-grünen Kanzlerschaft in Form einer strategischen Debatte zwischen den drei Parteien gegeben hat.⁴

Offensichtlich ist das parlamentarische System in Deutschland in seinem gegenwärtigen Zustand nicht in der Lage, echte inhaltliche Alternativen zur schwarzen Republik hervorzubringen. Dabei lebte die Bundesrepublik stets davon, dass zum Ende einer langen Kanzlerschaft starke Herausforderer mit klarem programmatischem Profil bereitstanden, um dem Land ihren Stempel aufzudrücken und eine neue politische Epoche einzuleiten. Nach der schier endlosen Adenauer-Ehrhard-Ära sorgte Willy Brandt mit Walter Scheel Ende der 1960er Jahre für den Übergang in die sozial-liberale Ära; Anfang der 1980er Jahre stand dann Helmut Kohl mit Hans-Dietrich Genscher für die konservative Wende; 1998 folgte Rot-Grün unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer, bevor schließlich 2005 die Merkel-Ära begann, die nun definitiv zu Ende geht.

Weil es aber heute an einer klar konturierten Koalitionsoption mit starkem Herausforderer fehlt, kommt derzeit auch keine echte Wechselstimme auf, steht Merkel im Gegensatz

zu Kohl im Jahr 1998 weiter an der Spitze der beliebtesten Politiker.

Dieses Versagen verantwortet auch die zweite angestammte Volkspartei, die SPD. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten, in denen sie fast ununterbrochen an der Macht war, hat die Sozialdemokratie das eigene Führungspersonal weitgehend zerschossen. Mit Olaf Scholz tritt nun, notgedrungen, das letzte Aufgebot der Schröder-Ära an, nachdem die Nach-68er der ominösen „Generation Berlin“, die 1998 in großer Zahl in den Bundestag zogen, bis auf Arbeitsminister Hubertus Heil und Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider längst wieder in der Versenkung verschwunden sind und dem nachrückenden Reserve-Führungs-Duo aus Kevin Kühnert und Lars Klingbeil programmatisch-strategisch das Feld überlassen haben.

Rote Schwäche, grünes Dilemma

Über wie wenig intellektuelle Autorität Scholz als SPD-Kanzlerkandidat verfügt, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass er in der Identitätspolitik-Debatte nach den maßlosen Attacken von Partei-Co-Chefin Saskia Esken und Partei-Vize Kevin Kühnert auf die „rückwärtsgewandten“ GenossInnen Wolfgang Thierse und Gesine Schwan (derer man sich „schäme“) nicht zu schlichten bereit oder in der Lage war – gewiss auch in der vermutlich sogar richtigen Annahme, dass auf diesem Felde für ihn nichts zu gewinnen ist.⁵

Von einem strategischen Zentrum mit echter Autorität kann in der SPD derzeit also keine Rede sein. Die einzige, vielleicht sogar berechtigte Hoffnung von Scholz besteht darin, dass unter einem Spitzenkandidaten Laschet weiter sinkende Unions-Werte

3 Siehe dazu den folgenden Artikel von Stefan Reinecke.

4 Die letzte ernsthafte Diskussion fand vor der Bundestagswahl 2017 statt, siehe den programmatischen Beitrag von Oskar Negt: Rot-Rot-Grün im Trialog: Schaffen wir linke Mehrheiten!, in: „Blätter“, 12/2016, S. 79-88.

5 Dass allerdings auch Ex-Juso-Chef Kühnert noch weit davon entfernt ist, die Gesamtpartei zu führen und zu einen, zeigt sein dröhnendes Schweigen nach seinem fatalen Angriff auf den Ex-Bundestagspräsidenten.

in Panik umschlagen und am Ende eine Wählerwanderung zur Folge haben könnten – hin zu ihm als dem einzigen Spitzenkandidaten mit bundespolitischer Erfahrung.

Das aber zielt auch auf die zentrale Schwäche der Grünen, die an der Spitze bundespolitisch in der Tat völlig unerfahren sind – aber zugleich als einzige Partei über programmatische und personelle Geschlossenheit verfügen. Nach 16 Jahren in der Opposition haben sich die Grünen in jeder Hinsicht regeneriert und können das eigene Regieren offensichtlich kaum erwarten. Außerdem haben nur sie ein ökologisch klar konturiertes und auf die Zukunft gerichtetes Wahlprogramm.

Allerdings ist keineswegs ausgemacht, ob sich der grüne Höhenflug fortsetzt, wenn das bisherige Erfolgsmodell der Doppelspitze endet und einer der beiden Parteivorsitzenden den Kanzlerkandidaten oder die Kanzlerkandidatin geben muss. Dann nämlich droht aus dem bisherigen Win-win-Geschäft eine Verlierersituation zu werden. In jedem Fall bleibt dabei eine Fraktion auf der Strecke: Würde mit Robert Habeck der, wenn auch nicht immer programmatisch Sattelfeste, aber in der Bevölkerung bei weitem Populärere nominiert, zöge das erhebliche Enttäuschungen beim eher linken und feministisch geprägten Lager innerhalb der grünen Mitgliedschaft nach sich. Entschiede man sich hingegen für Annalena Baerbock, wäre zwar vermutlich die Kampfbereitschaft innerhalb der Partei eine größere, aber dafür die Erfolgsaussicht bei den Wählerinnen und Wählern möglicherweise geringer. Für wen auch immer sich das Spitzen-Duo also am Ende entscheidet, eine optimale Lösung gibt es nicht; daher droht die Enttäuschung über die Kandidatenauswahl am Ende größer zu sein als die Begeisterung. Zumal ein letzter wichtiger Punkt hinzukommt: Während die grüne Partei in den Umfragen konstant über zwanzig Prozent rangiert, liegt der Wunsch der Befrag-

ten nach einem grünen Kanzler oder einer grünen Kanzlerin laut Allensbach deutlich unter zehn Prozent. Die Grünen gelten bisher also noch keineswegs als kanzlertauglich.

Dieses grüne Dilemma wird auch durch den Ausgang der jüngsten Landtagswahlen bestätigt. Malu Dreyer und Winfried Kretschmann wurden laut Umfragen gerade nicht wegen, sondern eher trotz ihrer Parteien gewählt. Ihre starken Ergebnisse sind also nicht primär durch überzeugende Parteien gedeckt, sondern allein den beiden Persönlichkeiten geschuldet – und der enormen Schwäche ihrer Herausforderer. Diese immense Bedeutung der Persönlichkeit veranschaulicht vielleicht am deutlichsten den Autoritätsverlust unserer Parteiendemokratie. In gewisser Weise drohen die Parteien heute wieder zu dem zu regredieren, was vor allem die Union am Beginn der Adenauer-Ära gewesen ist: eine Honoratioren-Vereinigung mit einer starken Autorität an der Spitze, aber ohne parteipolitischen Unterbau und klaren programmatischen Überbau. An dieser Tendenz zeigt sich die eklatante Schwäche der bundesdeutschen Parteien insgesamt, aber vor allem einer nach 16 Jahren Merkel personell wie konzeptionell entkernten CDU. Mit Merckels Abgang gibt es auf der Bundesebene nicht einmal diesen einen überzeugenden Solitär, wie ihn Dreyer und Kretschmann auf Landesebene abgeben. Dabei verlangt das Land – zumal in einer solch historischen Krise – in besonderem Maße nach vertrauenswürdiger Autorität. Persönliche Autorität, so wichtig sie ist, kann und darf jedoch in einer Demokratie die Autorität von Verfahren und Institutionen nicht ersetzen, und schon gar nicht das Fehlen einer echten Regierungsalternative. Denn jede Demokratie nimmt auf Dauer Schaden an der faktischen Alternativlosigkeit der Regierenden – vor allem dann, wenn echte politische Alternativen so dringend gebraucht werden wie in der aktuellen Krisenlage.